duz
UNABHÄNGIGE DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG

09
04.11.2011 | EUR 6,80

europa
Für Forscher und Wissenschaftsmanager

Schweiz

Bund und Kantone bündeln Kräfte in der Bildung

Bern In der föderalen Schweiz ist Ende September ein neues Hochschulgesetz verabschiedet worden. Danach sollen der Bund und die Kantone künftig enger zusammenarbeiten. Bislang war das Hochschulwesen Sache der Kantone. Der Bund unterhielt lediglich die ETH Zürich (im Bild deren Monte-Rosa-Hütte) sowie die ETH Lausanne. Ansonsten beschränkte er sich darauf, die Kantone finanziell zu unterstützen. Nun darf er in der Hochschulpolitik stärker mitreden. Die Reform sieht auch die Fusion der Konferenzen von Universitäten und Fachhochschulen vor. **Brennpunkt Seite 34**

tipp der redaktion

Wohin Europas Gelder fließen

Brüssel Spanien, Frankreich und Deutschland sind die Staaten, die vergangenes Jahr das meiste Geld aus Brüssel bekommen haben. Dies zeigt der im Herbst vorgelegte Bericht der Kommission über die EU-Finanzen 2010. Eine Pflicht-Lektüre, nicht nur für Zahlen-Fetischisten.

→ **Internet:** http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/publications/2010/fin_report/fin_report_10_en.pdf

themen

agenda
Verglichen: Europäischer Universitätsverband stellt Mitte November Report zur Freiheit der Unis in Europa vor. **Seite 4**

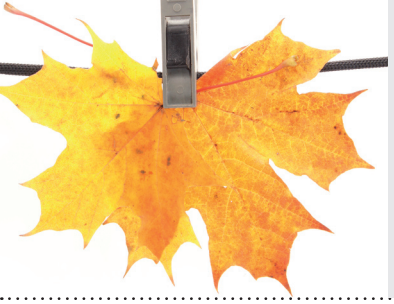
hochschule
Verdeckt: Britische Eliteuni zeigt sich bei der Veröffentlichung von Ethik-Kodex fürs Fundraising zögerlich. **Seite 6**

forschung
Verschlossen: EU-Projekt offenbart, dass Richtlinien zur Frauenförderung allein nicht wirklich weiterhelfen. **Seite 7**

kontakte
Verbessert: Hochschulen können ihre Strategien mit Hilfe externer Experten auf den Prüfstand stellen. **Seite 9**

ticker
Versprochen: Dänemarks Wissenschaftsminister Morten Östergaard will die Hochschulautonomie stärken. **Seite 10**

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.



PLANEN

Unbequeme Wahrheiten spricht der Mensch ungern aus. Doch genau dafür werden Chefs bezahlt. Eine US-Studie zeigte jetzt, wie wichtig es ist, kein Blatt vor den Mund zu nehmen. Freundlichkeit stiftet eher Verwirrung. Also los, vergessen Sie Ihr Harmoniebedürfnis!

Foto: colourbox

➜ **Internet:** www.psychologicalscience.org

30. November - 2. Dezember

Didaktik: Konferenz diskutiert neue Lernkulturen

Berlin Sind die alten Lernmethoden überkommen? Bei der 17. Internationalen E-Learning-Konferenz in Berlin „Online Educa" steht die Lernkultur von morgen auf dem Programm. Die Veranstaltung wendet sich mit Vorträgen und Präsentationen an Bildungsinstitutionen und Unternehmen. Die Teilnahme kostet 790 Euro.

➜ **Internet:** www.online-educa.com

15.-16. Dezember

Internationalisierung: Tagung verspricht Tipps für Planer

Lund Welche Strategie zur Internationalisierung ist für eine Hochschule die richtige? Darauf gibt es bei der von der OECD mitorganisierten Konferenz „Strategic Management of Internationalisation" in Schweden eine Antwort. Zu den Referenten zählen Leiter von Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen aus aller Welt. Dabei zu sein kostet 525 Euro.

➜ **Internet:** www.kongresslund.com/smoi

30.-31. Januar 2012

Karrierewege: Kooperation in der Doktorandenausbildung

Brüssel Verbessert die Zusammenarbeit von Unis und regionalen Partnern die Karrierechancen von Postdocs? Das ist das Thema der Schlusskonferenz des Universitätsverbunds European University Association (EUA) im EUA-Projekt Doc-Careers II. Angesprochen sind Führungskräfte aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

➜ **Internet:** www.eua.be/events/upcoming/Doc_Careers_II_Final_Conference/Home.aspx/

Karriere

Internationales Master-Programm für Wissenschaftsmanager geht an den Start

Brüssel Ob nun im mittleren Management oder an der Spitze: Kein Wissenschaftsmanager ist perfekt. Das gilt auch für erfahrene Administratoren in Hochschule und Forschung. Ein internationales Master-Programm bietet ihnen jetzt die Chance, sich fortzubilden und ihrer Karriere neuen Schwung zu verleihen.

Marihe (Master in Research and Innovation in Higher Education) nennt sich das auf ein Jahr angelegte Studien-Programm mit Master-Abschluss. Konzipiert wurde das englischsprachige Angebot von einem Konsortium von insgesamt vier Hochschulen aus Österreich (Donau-Universität Krems), Finnland (Universität Tampere), China (Universität Peking) und Deutschland (Hochschule Osnabrück). Diese vier Hochschulen haben zwar bereits Erfahrungen in der Aus- und Fortbildung von Wissenschaftsmanagern gesammelt. Marihe ist allerdings ihr erster gemeinsamer Studiengang.

Gehen die Pläne des Konsortiums auf, ebnet Marihe seinen Absolventen den Weg in eine internationale Karriere. Anders als bei Forschern sind Laufbahnen in der Wissenschaftsverwaltung national geprägt. Genau das will Marihe ändern. Die EU-Kommission fördert das Programm über fünf Jahre hinweg mit insgesamt rund 3,5 Millionen Euro. Von dem Geld sollen unter anderem 80 Stipendien finanziert werden. Diese sind umso wertvoller als das Programm nicht in Teilzeit absolviert werden kann. Bewerbungschluss ist der 20. Dezember. Der Studien-Start folgt im August 2012. py

➜ **Internet:** http://www.marihe.eu/

OECD-Generalkonferenz 2012

Vorschlagsfrist für Experten-Vorträge endet bereits in wenigen Wochen

Paris Wie lässt sich die Hochschulbildung der Zukunft optimal gestalten? Die Frage sollten Hochschulexperten beantworten können, wenn sie im Herbst nächsten Jahres bei der OECD-Generalkonferenz auf der Referentenliste stehen wollen. Am 1. Dezember endet die Frist für die Einreichung von Vortragsskizzen.

Zur OECD-Generalkonferenz werden rund 500 Entscheider aus Wissenschaft und Politik erwartet. Als Redner in Betracht kommen Forscher und Wissenschaftsmanager von Hochschulen und außeruniversitären Instituten. Gefragt sind international wie national ausgerichtete Beiträge, die sich mit der Globalisierung der Hochschulbildung befassen. Die Wissenschaftsfinanzierung gehört ebenso zu den Tagungsthemen wie Qualitäts- und Systemmanagement, Diversität sowie die Nutzung neuer Technologien für die Lehre. Ziel der Konferenz ist es, langfristige Trends zu identifizieren. Außerdem geht es um die Analyse nationaler Strategien, Fallstudien von Einrichtungen sowie um Studien der OECD und darüber hinaus.

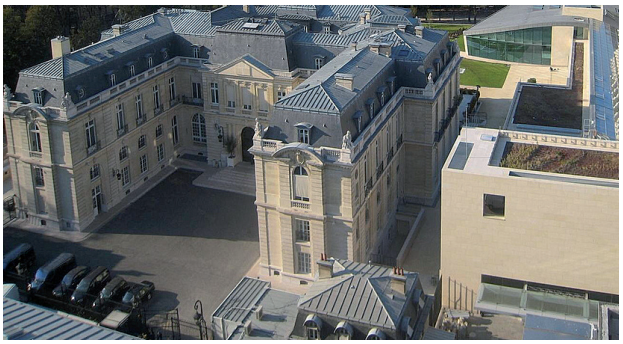


Foto: OECD

Tagungsort: Die OECD-Generalkonferenz findet im Hauptsitz der Organisation in Paris statt.

Als Teilnehmer kann man sich für die Konferenz ab November online registrieren. mko

➜ **Internet:** www.oecd.org/edu/imhe/generalconference

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: Universität Oldenburg

Heinke Röbken ist Professorin für Bildungsorganisation und Bildungsmanagement an der Universität Oldenburg.

Berufung

„Die Publikationsleistung sinkt häufig zwischen dem 40. und 50. Lebensjahr“

Nicht jeder Professor ist nach der Erstberufung so produktiv wie davor, zeigt eine Studie der Oldenburger Hochschulforscherin Heinke Röbken. Was tun?

duz *Kant publizierte nach dem Ruf nach Königsberg zehn Jahre keine Silbe. Ist Ihnen ein solcher Fall begegnet?*

Röbken Es passiert ganz selten, dass ein Forscher nach der Berufung kaum noch publiziert; in meiner Studie trifft das auf fünf Fälle von 453 untersuchten Erstberufungen zu. Es kommt aber nicht nur darauf an, wie viel man publiziert, sondern vor allem in welcher Qualität. Das dachte sich Kant bestimmt auch ...

duz *Sie haben die Publikationstätigkeit von Betriebswirtschaftlern untersucht. Was fanden Sie heraus?*

Röbken Unter anderem, dass nach der Berufung die Produktivität zurückgeht: Vor der Berufung haben Wissenschaftler im Schnitt 0,5 Beiträge publiziert, die in der Datenbank „Social Science Citation Index” aufgelistet sind. Nach der Berufung sind es pro Berufsjahr im Schnitt 0,4. Die Anzahl der Artikel in deutschsprachigen Zeitschriften ist im Schnitt von 6,5 auf 2,3 gesunken und von fünf Beiträgen in Sammelbänden auf 3,1. Diese Zahlen sind aber mit Vorsicht zu sehen. Die Varianz unter den Wissenschaftlern fällt sehr hoch aus.

duz *Sind die Ergebnisse übertragbar?*

Röbken Vergleichsanalysen in den Erziehungswissenschaften haben ähnliche Tendenzen gezeigt.

duz *Woran liegt dieser Rückgang?*

Röbken Die Publikationsleistung geht nicht unbedingt direkt nach der Berufung zurück. Sie sinkt aber häufig zwischen dem 40. und 50. Lebensjahr. Das kann verschiedene Gründe haben: Dass mit zunehmendem Alter die Motivation sinkt, etwas zu leisten oder in das eigene Humankapital zu investieren. Dass andere Aktivitäten mehr Raum einnehmen, wie die Doktorandenausbildung oder -beratung. Oder dass eine zu hohe Spezialisierung in einer Disziplin den Blick für neuere Entwicklungen im jeweiligen Fach behindert.

duz *Was sagen die Zahlen über die Leistung eines neu berufenen Professors?*

Röbken Solche Durchschnittswerte sind da kaum aussagekräftig. Die Frage ist wie gesagt nicht, wie viel publiziert wird, sondern wie gut die publizierten Beiträge sind – und ob sie von anderen Autoren zitiert werden.

duz *Was fördert das Publizieren?*

Röbken Wissenschaftler mit einer hohen Produktivität, gerade auch in qualitativer Hinsicht, sind oft in großen Arbeitseinheiten angesiedelt, die über eine gute Ausstattung verfügen. Sie sind gut vernetzt und besuchen regelmäßig Konferenzen. Wer in einem leistungsstarken Umfeld forscht, publiziert mit höherer Wahrscheinlichkeit ebenfalls mehr. Außerdem zeigen Studien, dass oft auch Doktoranden oder Habilitanden von intensiv forschenden Betreuern dauerhaft und hochwertig publizieren.

duz *Was, wenn Wissenschaftler keine derartigen Bedingungen vorfinden?*

Röbken Man kann die Kreativität kaum direkt beeinflussen, aber die „Technik“ des Publizierens ist durchaus lernbar. Fortbildungen in der Doktorandenphase können da hilfreich sein.

duz *Sollten Berufungsverfahren anders gestaltet werden?*

Röbken Ich sehe keinen grundsätzlichen Änderungsbedarf. Es lässt sich beobachten, dass Wissenschaftler, die vor ihrer Berufung erfolgreich publiziert haben, dies auch nach der Berufung fortführen. Es dürfte deutlich schwerer fallen, die künftige Lehr- oder Verwaltungskompetenz eines Bewerbers zu beurteilen als die Forschungsqualität seiner Arbeit.

➜ **Internet:** www.ihf.bayern.de/?download=2011_3_Roebken.pdf

Die Fragen stellte Marion Koch.

Ausschreibungen aus Europa

Europäischer Forschungsrat

Gender und Karrieren in der Wissenschaft

Brüssel Warum weit weniger Wissenschaftlerinnen über die Programme des Europäischen Forschungsrates (ERC) gefördert werden als ihre männlichen Kollegen, soll eine Studie aufdecken, die der ERC jüngst ausgeschrieben hat. Der Titel ist „Gender aspects in career structures“. Anträge können Wissenschaftskonsortien und einzelne Wissenschaftseinrichtungen stellen.

➜ **Internet:** www.nks-erc.de

➜ **E-Mail:** Stefanie.Schelhowe@dlr.de

Verkehrsforschung

Mit Bus, Bahn und Schiff sicher durch Europa

Brüssel Der Verkehr in Europa soll sicherer, effektiver und umweltfreundlicher werden. Die EU-Kommission fördert jetzt Forschungsprojekte, die nach entsprechenden Lösungen suchen. Mit ihren Forschungsvorhaben zu Transportmittel übergreifenden Verkehrssystemen können sich Hochschulen und Forschungseinrichtungen bis 1. März 2012 in internationalen Verbünden zusammen mit Verkehrsbetreibern, Industrieunternehmen oder Mittelständlern bewerben.

➜ **Internet:** http://ec.europa.eu/research/participants/portal/page/cooperation?callIdentifier=FP7-TRANSPORT-2012-MOVE-1

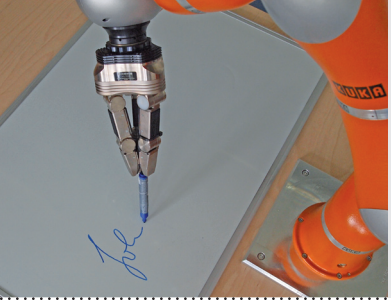
Nacht der Wissenschaft

Europas Forscher stellen sich vor

Brüssel Forschungseinrichtungen in der EU oder assoziierten Staaten können sich um die Förderung ihres Beitrags zur europäischen Nacht der Wissenschaft am 28. September 2012 bewerben. Unterstützt werden Aktivitäten, die der Öffentlichkeit den Arbeitsalltag von Forschern vermitteln. Vorschläge sind bis zum 10. Januar einzusenden.

➜ **Internet:** www.humboldt-foundation.de/nks/night.html

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.



PLANEN

Dem Glücklichen schlägt natürlich keine Stunde, aber auf die Minute kann es schon mal ankommen. Da wird dann jede noch so kleine Unterschrift zur Zumutung. Nun naht die Rettung: Göttinger Forscher entwickelten einen Roboter, der Handschriften kopieren kann.

Foto: Universität Göttingen

➜ **Internet: www.bernstein-netzwerk.de/**

Für manche normal, für andere politisches Kampfgebiet: In Sachen Autonomie ist Europa ein Flickenteppich. Mitte November legt der Universitätsverband European University Association eine Studie vor, die einem Ranking gleicht.

Autonomie-Index

Universitätsverband legt Analyse zur Freiheit der Hochschulen in Europa vor

Brüssel Das Ringen um Hochschulautonomie ist und bleibt der wissenschaftspolitische Dauerbrenner. Nur wenige Themen bietet ähnlich viel Konfliktstoff zwischen Hochschulen und den für sie zuständigen Ministerien. Je autonomer, desto leistungsstärker und internationaler könnten sie agieren, argumentieren die Hochschulen in ihrem Freiheitsdrängen. Die Ministerien dagegen begründen Eingriffe in die Hochschulsteuerung mit ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung. In welchem Ausmaß diese tatsächlich stattfinden, offenbart in Kürze eine Studie.

Mitte November stellt der Dachverband der europäischen Hochschulen, die European University Association (EUA), einen Autonomie-Index vor. Ähnlich einem Ranking wird darin auf rund 100 Seiten verglichen, welche Freiräume den Universitäten in 28 verschiedenen Wissenschaftssystemen auf den Gebieten Struktur, Finanzen, Personal und Studienorganisation tatsächlich eingeräumt werden. Zentrales Ergebnis: „Es gibt keinen EU-Staat, der in allen vier Bereichen topplatziert ist“, sagt Thomas Estermann, der das Projekt bei der EUA leitet.

Durchwachsen fällt in der Studie die Bilanz für die drei Bundesländer Brandenburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen (NRW) aus, die sich aus Deutschland am Index beteiligten. Auf dem Gebiet der akademischen Autonomie, also etwa der Frage, wie selbstbestimmt deutsche Hochschulen Studierende auswählen oder Studienprogramme einführen dürfen, landeten Estermann zufolge alle drei Länder auf den vorderen Plätzen. Bei der Steuerung der Hochschulen schnitten NRW und Hessen sehr gut ab. Bei der Finanzautonomie schaffte nur NRW einen Platz im Mittelfeld. Laut EUA dürfen die Hochschulen in NRW anders als in Hessen und Brandenburg beispielsweise Kredite bis zu einer bestimmten Höhe aufnehmen (siehe Grafik). Durchgängig negativ fiel dagegen die deutsche Bilanz beim Personalmanagement aus. Alle drei Bundesländer landeten auf den hinteren Plätzen. Eine Erklärung dafür sieht EUA-Manager Estermann im deutschen Beamtentum: „Es hat relativ unflexible Regelungen für die Höhe und die Struktur der Gehälter zur Folge.” Bei der Bewertung der Autonomie in der Personalplanung hatte die EUA insgesamt vier Indikatoren bestimmt: die Möglichkeit, Forscher und Studierende selbst zu rekrutieren, eigenständig über die Höhe der Gehälter zu verhandeln, Mitarbeiter zu entlassen und das Personalmanagement in die Hand zu nehmen.

> *„Es gibt keinen EU-Staat, der in allen vier Bereichen topplatziert ist.“*

Europaweit schnitten in der Gesamtbilanz erwartungsgemäß die skandinavischen Länder, Dänemark und Großbritannien gut ab. Doch der Index hält auch manche Überraschung parat: So steht etwa Tschechien in der Personalautonomie sehr weit vorne, weil die Prager Regierung den Hochschulen bei den Gehaltsverhandlungen mit ihren Beschäftigten relativ freie Hand lässt.

Für den Autonomie-Index, den die EU-Kommission aus dem Programm für lebenslanges Lernen finanziert, hatte die EUA für alle vier Bereiche Indikatoren definiert. Je selbstständiger Hochschulen nach Meinung des europäischen Hochschulverbands handeln können, um so mehr Punkte verteilte sie für die einzelnen Indikatoren. Zudem gewichtete die EUA die Kriterien unterschiedlich. Ein Beispiel: Die Möglichkeit einer Hochschule, eigenverantwortlich über die Wahl der eigenen Leitungsebene entscheiden zu dürfen,

Wie frei sind die

4 Können Kredite nur bis zu einer maximalen Höhe aufnehmen: u.a. Italien, Nordrhein-Westfalen

7 Können keine Kredite aufnehmen: u.a. Schweiz, Ungarn, Norwegen, Hessen

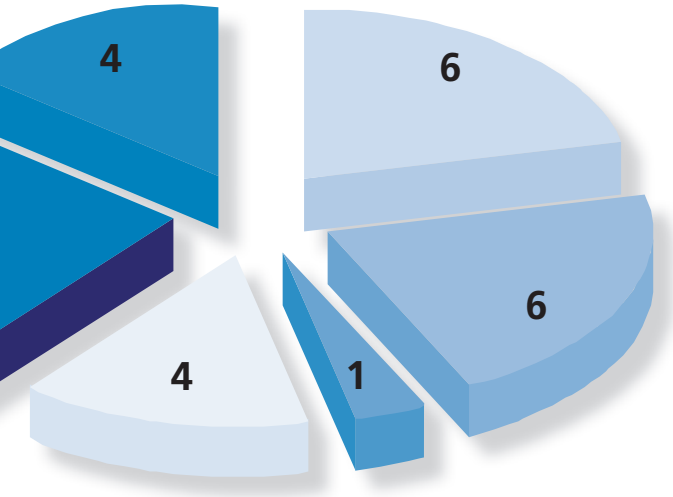
4 Andere oder mehrere Einschränkungen: Polen, Ukraine, Island, Brandenburg

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: Heide Fest

Christian Zens ist Kanzler an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder.

Hochschulen Europas, Kredite aufzunehmen?



6 Können Kredite ohne Einschränkungen aufnehmen: u.a. Österreich, Dänemark, Niederlande

6 Können Kredite mit Einverständnis externer Behörden aufnehmen: u.a. Frankreich, Spanien, Luxemburg

1 Können nur Kredite von ausgewählten Banken aufnehmen: Schweden

Quelle: EUA / Grafik: ESM-Berlin

bewertete die EUA höher als die Amtsdauer eines Hochschulchefs. Den Grad der Autonomie in den vier Bereichen errechnete die EUA, indem sie jeweils die Punkte der einzelnen Indikatoren addierte. Die Summe aus den vier Teilbereichen zu einer einzigen Punktezahl als Gradmesser der Autonomie zu summieren, war nicht Ziel des EUA-Projekts. „Das macht keinen Sinn", sagt Estermann. Autonomie müsse differenziert betrachtet werden.

Adressiert ist der Bericht in erster Linie an die EU-Mitgliedsstaaten: „Vor allem jene, die in der Studie schlecht abgeschnitten haben, können nachlesen, wo mehr Autonomie herrscht", sagt Estermann. Genau darin sieht Prof. Dr. Peer Pasternack, Direktor des Instituts für Hochschulforschung Wittenberg, den Wert der Studie. „Die Länder können Rückschlüsse ziehen, welche Wirkungen ihre Hochschulgesetze möglicherweise hatten", sagt Pasternack. Auch wenn es schwierig sei, Kausalitäten herzustellen, könne man doch Zusammenhänge erkennen. Allerdings verraten solche Studien nach Meinung des Hochschulforschers in der Regel nur wenig über die negativen Folgen der universitären Freiheiten. „Dass mit zunehmender Autonomie auch die Bürokratie deutlich zunimmt, wird selten erwähnt", sagt er.

Die EUA will mit der Studie vor allem den Wettbewerb in Sachen Autonomie befeuern. Begonnen hat der Verband damit bereits vor Jahren. So legte die EUA 2009 einen Autonomie-Bericht vor (duz-EUROPA 07/09, S.4ff.). Damals beklagten die europäischen Hochschulchefs insbesondere die mangelnde Eigenverantwortlichkeit bei den Finanzen. An dem Befund hat sich auch zwei Jahre später wenig geändert. Ganz im Gegenteil, wie EUA-Projektleiter Esternann festgestellt hat: In Folge der Finanzkrise hätten vor allem jene Staaten, in denen die Hochschulen aus öffentlichen Kassen finanziert werden, die „Zügel weiter gestrafft".

➜ **Internet: www.eua.be**

Benjamin Haerdle
ist Journalist in Leipzig.

Experten-Interview

„Landespolitik lässt sich nur schwer beeindrucken"

Christian Zens, Kanzler der Viadrina Universität Frankfurt/Oder, über den Nutzen europaweiter Hochschulstudien für die Arbeit vor Ort.

duz *Können Ihnen Analysen wie der des Europäischen Universitätsverbands EUA zum Thema Autonomie als Argument gegenüber der Politik dienen?*

Zens Das ist sehr gut möglich, allerdings weniger gegenüber der Landespolitik. Die lässt sich nur schwer beeindrucken. In Brandenburg hat die Haushaltskonsolidierung absoluten Vorrang. Alle müssen sparen.

duz *Bei der EUA-Studie stehen die Finanzen aber nicht im Vordergrund.*

Zens Die Bereitschaft zur fachlichen Diskussion etwa beim Hochschulrecht ist durchaus vorhanden. Sobald es aber um Geld und damit um die Haushaltspolitik des Landes geht, sieht es anders aus. Da liegt die Priorität darauf, weniger für die Hochschulen auszugeben.

duz *Inwiefern lässt sich auf Bundesebene mehr ausrichten?*

Zens Die Studie könnte Einfluss haben auf die beginnende Diskussion um das Kooperationsverbot, weil es dem Bund nach der Förderalismusreform weitgehend verboten ist, die Länder im Hochschulbereich mitzufinanzieren. Vielleicht kann man auf diesem Weg einen Denkanstoß geben.

duz *Welchen Nutzen ziehen Sie aus europäischen Studien für die Praxis?*

Zens Ich verfolge diese Studien aufmerksam, da sie zum einen belegen, dass Europa ein einheitlicher Bildungsraum ist. Zum anderen geht es auch um die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Bei Rankings will ich wissen, in welchen Bereichen andere Unis besser abgeschnitten haben, um daraus möglichen Verbesserungsbedarf abzuleiten.

Die Fragen stellte Benjamin Haerdle.

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

23,63

ZAHLEN

Krise, welche Krise? *Im Times-Ranking ist Harvard zwar auf den zweiten Platz gerutscht. Bei den Finanzen zeigt die US-Eliteuni aber ganz klar, wo der Hammer hängt. In zwölf Monaten erhöhte sie den Wert ihres Stiftungsvermögens um 20 Prozent auf 23,63 Milliarden Euro.*

➜ **Internet:** http://www.hmc.harvard.edu/docs/Final_Annual_Report_2011.pdf

Trainingsprogramm

Professionelle Hilfe für Koordinatoren von gemeinsamen Studiengängen

Wenn Hochschulen gemeinsame Abschlüsse anbieten wollen, ist die Euphorie anfangs groß. Doch der Aufwand wird meist unterschätzt.

Leipzig Fast jede Hochschule legt Wert auf Internationalisierung. Ein wichtiges Instrument dafür sind gemeinsame Studiengänge mit Partnerunis anderer Länder. Der globale Markt wächst von Jahr zu Jahr (duz AKADEMIE 11/2011). Eine Studie zeigte jedoch unlängst, dass es an den Hochschulen oft keine klaren Vorstellungen und Regeln zum Aufbau solcher Programme gibt (www.iie.org/joint-double-degree-report). Dadurch entstehen Probleme, auf denen dann die Koordinatoren dieser Studiengänge sitzen bleiben. Sie haben meist mit unterschiedlichen Kostenabrechnungen und Curricula Ärger oder schlagen sich mit der Weiterfinanzierung und Nachhaltigkeit der Programme herum.

Das Projekt Joi.con an der Uni Leipzig will diesen Mitarbeitern mit einem Trainingsprogramm am 19. Januar 2012 unter die Arme greifen. Dabei werden die Koordinatoren in Kleingruppen von sechs bis zehn Teilnehmern mit dem Aufbau eines fiktiven gemeinsamen Studienganges beginnen. Anschließend wird das Projekt ein halbes Jahr lang virtuell fortgeführt. Ende Juni sollen die Ergebnisse an der Uni Bologna präsentiert werden.

Ein Tag vor dem Training werden auf einer Konferenz Erfahrungen mit gemeinsamen Studienprogrammen besprochen. „Eine der weitreichendsten und damit schwierigsten Entscheidungen beim Aufbau gemeinsamer Programme ist die qualifizierte Auswahl der Partner“, sagt Anne Vorpagel, beim Akademischen Auslandsamt der Uni Leipzig zuständig für die Internationalisierung von Studiengängen. Oft sei die Zeit zu knapp, weshalb sich die Partner bereits nach einigen E-Mails und einer flüchtigen Internetrecherche die Hände geben. Doch Probleme tauchen schnell auf, weil man sich viel zu wenig kenne.

Weil die Unterschiede von Land zu Land teils erheblich sind, werden bei dem Training Koordinatoren aus je einem europäischen Land zusammensitzen und den Kollegen die nationalen Besonderheiten erklären. Jede Gruppe hat einen Leiter, der auf dem Gebiet große Erfahrung hat. Ziel ist, einen Kooperationsvertrag und Zeugnisse für den fiktiven Studiengang zu erarbeiten. Die Teilnahme ist kostenlos. Bewerben kann man sich für Konferenz und Training bis 1. Dezember unter dem folgenden Link. hck

➜ Internet: www.joiman.eu

Kontakt

Tabea Mager
betreut das EU-Programm Joi.con
Akademisches Auslandsamt, Uni Leipzig
Mail: tabea.mager@zv.uni-leipzig.de
Internet: www.zv.uni-leipzig.de/universitaet/uni-international/internationale-vernetzung/joicon.html

Foto: Uni Leipzig

Tabea Mager steuert das Trainingsprogramm für die Koordinatoren.

Fundraising

Transparente Regeln für Geschenke nötig

London Die renommierte britische Wirtschaftsuni, die London School of Economics (LSE), hat ihre Leitlinien zur Annahme von Spenden und Geschenken durch Freunde der Uni und Mäzene noch immer nicht öffentlich gemacht. Das berichtete Ende Oktober das Magazin Times Higher Education (THE). Und das, obwohl die LSE gemeinsam mit anderen Unis an ethischen Empfehlungen zur Annahme von Geschenken mitwirkte, in denen gefordert wird, solche Richtlinien transparent zu machen. Eine THE-Umfrage zeigte, dass die LSE längst nicht die einzige britische Uni ist, die ihre Leitlinien unter Verschluss hält.

Die Empfehlungen des in Washington ansässigen Council for Advancement and Support of Education (Case) wurden erst im September überarbeitet. Hintergrund war der Spendenskandal an der LSE im vergangenen März. Damals forderten Studenten die Rückzahlung von Mitteln aus der Gaddafi International Charity and Development Foundation, einer Stiftung, die von Muammar al-Gaddafis Sohn Saif al-Islam geführt wurde. Dieser studierte von 2003 bis 2008 an der LSE. Die Stiftung schenkte der Uni rund 1,7 Millionen Euro. Wegen der engen Kontakte trat Anfang März der Direktor der LSE, Howard Davies, zurück. Eine Untersuchungskommission arbeitet an der Aufklärung des Vorfalls.

Die Case-Empfehlungen sind auch für deutsche Unis interessant: Danach sollen Hochschulen klare Leitlinien für die Annahme von Geld und Geschenken aufstellen und diese konsequent anwenden. Dazu gehöre auch, dass die Unis genau prüfen, woher das Geld stammt und ob die Quelle im Widerspruch zu Grundwerten der unabhängigen Wissenschaft steht. Zudem sollen Gremien eingerichtet werden, mit denen frühere Entscheidungen überprüft werden können. hck

➜ **Internet:** www.case.org/samples_research_and_tools/principles_of_practice/case_europe_guidelines_ethical_principles_behind_the_acceptance_of_gifts.html

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: colourbox

Männer lassen Frauen ungern nach vorn. Jedenfalls nicht, wenn es um Posten und Verantwortung geht.

Hochschulen werden es nur dann schaffen, mehr Frauen in Führungspositionen zu bekommen, wenn sie ihre Richtlinien wirklich umsetzen.

von Susanne Keil

Chancengleichheit

Frauen in Leitungspositionen bleiben rar, wenn sich in den Köpfen nichts ändert

Dresden Es ist ein altes Thema, das immer wieder neu diskutiert wird: Was muss man tun, wenn man an seiner Hochschule mehr Frauen in verantwortungsvoller Position sehen will? Es gibt Handlungsempfehlungen und Leitlinien. Zudem regeln Landesgesetze die Zusammensetzung von Berufungskommissionen. Ist es zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen nicht möglich, diese zur Hälfte mit Wissenschaftlerinnen zu besetzen, müssen Gründe genannt werden. Berufungsleitfäden sollten zudem die Auswahlkriterien regeln. Dazu gehört etwa die Berücksichtigung von Familienzeiten. Einen vorbildlichen Leitfaden wird die TU Dresden in Kürze in den ersten Verfahren testen und den Mitgliedern von Berufungskommissionen ans Herz legen.

Deutschland ist, was solche formalen Regeln zur Geschlechtergerechtigkeit angeht, gut aufgestellt. Das wurde Ende September auf einem Workshop in Dresden deutlich. Dort trafen sich die Partner des von der EU geförderten Projektes „Diversity“, das Ende des Jahres ausläuft. Seit Anfang 2009 untersuchten 13 Partner aus zehn Ländern die Organisationskultur in wissenschaftlichen Einrichtungen. Doch Leitlinien allein helfen nicht weiter, wenn sich in den Köpfen nichts verändert. Ziel des Projektes war es, im Bereich der recht männerdominierten materialwissenschaftlichen Forschung zu schauen, wie Frauen dabei unterstützt werden, in Entscheidungspositionen zu kommen.

Bei dem Workshop wurde deutlich, dass die Situation in Europa ähnlich ist. Man will mehr Frauen nach oben bekommen, aber der Wandel in den Köpfen findet nicht statt. So beklagte etwa Paola Rizzi von der Universität Turin, dass es zwar auch in Italien Richtlinien und Aktivitäten gebe, mehr Frauen in Führungspositionen in der Wissenschaft zu bekommen. Tatsächlich würden Frauen aber in Politik und Medien als Sexobjekte behandelt.

„Diversity“ hat noch einmal den Finger in diese Wunde gelegt und die große Schere zwischen Wunsch und Wirklichkeit aufgezeigt. Über Umfragen sollte geklärt werden, welche Chancen Frauen in den Materialwissenschaften haben. Es handele sich aber nicht um ein echtes Forschungsprojekt, betont Dr. Ing. Mariana Calin, Professorin am Leibniz-Institut für Festkörper- und Werkstoffforschung Dresden, an dem das Projekt koordiniert wurde. Es ging vor allem darum, die männlichen Führungskräfte in den Instituten für Materialforschung ins Boot zu holen. Mit ihnen zusammen sollten Strategien erarbeitet und umgesetzt werden. Das ist allerdings nicht in dem Umfang erfolgt, wie man es sich vorgestellt hatte. Die Zeit für Tagungen und Workshops brachten Wissenschaftler oft nicht auf.

Deutlich wurde aber an Hand der 110 leitfadengestützten Interviews in sieben Ländern immerhin, dass in den Gremien, die für die Auswahl von Professoren oder Arbeitsgruppenleitern zuständig sind, keine oder nur wenige Frauen sitzen. In den meisten der insgesamt 18 untersuchten Instituten fehlen zudem Satzungen über die Zusammensetzung der Rekrutierungsgremien. Dies gilt besonders bei der Besetzung von Leitungsfunktionen wie der Geschäftsführung. „Wenn solche Regelungen bestehen, sind sie oft nicht detailliert genug oder nicht bekannt”, sagt Projektmanagerin Katja Backhaus-Nousch.

Der Blick auf einzelne Institutionen zeigt, dass die Situation in den Ländern ganz unterschiedlich ist. So gibt es in Schweden und Spanien durchaus materialwissenschaftliche Forschungsinstitute mit einem Frauenanteil von 40 Prozent in den Auswahlgremien. In Einrichtungen in Italien, Slowenien und auch Deutschland tendiert der Frauenanteil aber gegen null.

➜ **Internet:** www.diversity-fp7.eu

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Wenn Hochschulen wissen wollen, ob sie sich gut entwickeln, brauchen sie Rat. Bieten können ihn Experten des europäischen Hochschulverbands EUA (European University Association). Nur gilt auch hier: Guter Rat ist teuer.

Foto: Uni Duisburg/Essen

Lothar Zechlin

Benjamin Haerdle

Begutachtung

Hochschulen können ihre Strategien überprüfen lassen

Brüssel Prof. Dr. Lothar Zechlin gilt als einer der erfahrensten Hochschulmanager in Deutschland. Der Juraprofessor leitete als Präsident die Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, amtierte als Rektor an der Universität Graz und stand als Gründungsrektor an der Spitze der fusionierten Uni Duisburg-Essen. Diese Erfahrungen will der 67-Jährige nun auch auf europäischer Ebene weitergeben und erweitern. Seit Anfang September leitet Zechlin die Steuerungsgruppe des Institutional Evaluation Programme (IEP). Dabei handelt es sich um ein Audit, mit dem der europäische Dachverband European University Association (EUA) seit den 1990er-Jahren Hochschulen daraufhin durchleuchtet, wie es im eigenen Hause beispielsweise in Sachen Autonomie, Steuerung, Qualitätsmanagement oder Umsetzung des Bologna-Prozesses bestellt ist.

Zechlin ist bereits seit 2004 Mitglied in der IEP-Leitungsgruppe. Er ließ sich nun aber für vier Jahre an die vorderste Stelle des Gremiums wählen, weil ihm die europäische Perspektive beim Hochschulmanagement sehr wichtig ist. „Man kann Hochschulen konkret unterstützen, ihre Strategie- und Entwicklungsfähigkeit zu verbessern“, sagt er. Das mache die Arbeit beim IEP für ihn so spannend.

Dem dreistufigen Evaluationsprozess des Audits, für das EUA-Mitglieder 31 500 Euro bezahlen, haben sich bislang mehr als 260 Hochschulen unterzogen. Im akademischen Jahr 2011/2012 wollen fünf weitere Hochschulen aus Litauen, Tschechien, Portugal, der Türkei und Spanien den Expertenrat einholen. Dazu müssen sie erst eine Stärken-Schwächen-Analyse erstellen und dann noch ein internationales Gutachterteam an die Hochschule lassen. Das legt nach Gesprächen mit Vertretern der Hochschule seine Einschätzung in einem Bericht vor. Zum Schluss muss dann die Hochschule erklären, wie sie die Expertenvorschläge zur Hochschulentwicklung in der Folge umsetzen will.

Interessant könnte das EUA-Audit für deutsche Hochschulen sein, die bislang nur den Weg der Akkreditierung, etwa von Studiengängen, kennen. Denn die IEP-Evaluation ist anders, betont Zechlin. „Unsere Experten prüfen nicht, ob Mindeststandards eingehalten werden, sondern sie geben ein Feedback zur Standortbestimmung und Hinweise zu einer Verbesserung.“ Hochschulen wie die Uni Mainz oder die Fachhochschule Münster haben sich den Expertenrat bereits eingeholt.

Das Beraterteam setzt sich vor allem aus Rektoren und Vize-Rektoren anderer europäischer Universitäten zusammen. Für Zechlin ist das ein wichtiger Punkt: „Hochschulen können dadurch von unterschiedlichen Perspektiven und Kompetenzen profitieren.“ Und das erfülle nebenbei „den europäischen Hochschulraum mit Leben“.

Kontakt

Prof. Dr. Lothar Zechlin
Institut für Politikwissenschaft
Lehrstuhl für Öffentliches Recht
Universität Duisburg-Essen
Telefon: 0203/379-2243
Mail: oeff.recht@uni-due.de
Internet: www.eua.be/iep

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: Löw&Partner

Marco Löw war 15 Jahre lang bei der Polizei und berät nun Firmen und Hochschulen, wie sie Betrügern auf die Spur kommen können.

Ausländische Studierende

Besser messen, warum jemand bleibt

Saarbrücken Die meisten Hochschulen schmücken sich gern mit internationalen Studierenden. Um nicht nur Erasmus-Studierende für ein Paar Semester anzulocken, sondern auch solche, die den Studienabschluss schaffen, müssen sie indes einiges tun. Das hat die Hochschul-Informations-System GmbH im Jahr 2007 in einer Studie gezeigt. Demnach schließt nur die Hälfte der ausländischen Gäste das Studium ab. Mit dem Profin-Projekt, das ausländische Studierende besser fördern soll, steuert das Bundesbildungsministerium dem entgegen (duzEUROPA 03/2011, S. 4).

Wirklich messen lässt sich der Erfolg aber nur schwer. Immerhin eine Annäherung an Objektivität dürfte jetzt Jörg Rech von der Universität des Saarlandes gefunden haben. Der 37-jährige Soziologe, der dort den Studiengang Master of Evaluation koordiniert, hat in seiner Dissertation ein Theoriemodell entwickelt, mit dem man untersuchen kann, welche Gründe dazu führen, dass die ausländischen Gäste bleiben oder das Studium abbrechen. „Die Verbleibsabsicht gilt als guter Indikator, ob die Studierenden tatsächlich das Studium beenden", sagt Rech. Hochschulen können anhand verschiedener Variablen prüfen, ob und inwiefern ihre Betreuungsmaßnahmen zum Verbleib der Studierenden beigetragen haben. Zum Beispiel: Wohnsituation, Sprachförderung, Karriereberatung.

Allerdings gibt auch die errechnete Bleibeabsicht den Hochschulen keine endgültige Sicherheit. Private Gründe können vermeintlich feste Entscheidungen immer kippen. Jörg Rech konnte sie mit seinem Modell natürlich nicht erfassen. hbj

Kontakt

Jörg Rech
Universität des Saarlandes
Studiengang Master of Evaluation
Telefon: 0681/302-4328
Mail: joerg.rech@mx.uni-saarland.de
Internet: www.master-evaluation.de

Kriminalität

Ex-Polizist Marco Löw gibt Tipps, wie Hochschulen sicherer werden können

Gibt es an Universitäten miese Typen, Betrüger und Diebe? Natürlich, sagt der Betrugsermittler Marco Löw. Er berät Hochschulen, wie sie sich gegen kriminelle Machenschaften schützen können.

Hohenlinden Seien es nun Schummeleien bei Förderanträgen, Titelmissbrauch, der Diebstahl wertvoller Unikate aus der Universitätsbibliothek, die unsachgemäße Verwendung von Stiftungsgeldern oder auch Plagiate bei Doktorarbeiten – in der Welt der Wissenschaft geht es bei weitem nicht so rechtschaffen zu wie Forscher und Wissenschaftsmanager es sich wünschen. „Wo viele Menschen zusammenkommen, ist die Gefahr von Betrügereien immer groß, da machen Hochschulen keine Ausnahmen", sagt Marco Löw. Der 36-jährige Unternehmensberater gibt Firmen und Hochschulen Hilfestellung, wie sie sich besser gegen kriminelle Machenschaften wappnen können. Denn das kann nicht nur der wissenschaftlichen Reputation schaden, sondern auch enorm ins Geld gehen. Deutsche Unternehmen beispielsweise verzeichnen pro Jahr einen Schaden von rund sechs Milliarden Euro.

Hochschulen sind sich dieser Gefahr selten bewusst. Dabei, warnt Löw, sei etwa Betrug nur eine Frage der Gelegenheit. Es sei wichtig, Hochschulleitung, Verwaltung oder Wissenschaftler für die Gefahr überhaupt erst einmal zu sensibilisieren. „Die Hochschulen sind da noch etwas naiv", sagt er. Deshalb empfiehlt er ein Anti-Korruptions-Management-System: Dabei werden in einer Einrichtung Arbeits- und Kompetenzbereiche analysiert, in denen kriminelle Handlungen möglich sind, und die notwendigen Lösungen dafür erstellt. Oft haben beispielsweise einzelne Mitarbeiter zu viele Kompetenzen, die nicht überprüft werden.

Große Unternehmen sind im Kampf gegen Kriminalität oft schon gut aufgestellt: Sie haben einen Korruptionsbeauftragten oder gar eine eigene Abteilung dafür aufgebaut. Mehr Vorsicht sollten Hochschulen vor allem bei Bewerbungen walten lassen, sagt Löw. Zu leicht ließen sich Zeugnisse, Doktorurkunden und Tätigkeitsnachweise fälschen. Einen derartigen Fall deckte Löw während seiner 15-jährigen Tätigkeit als Betrugsermittler bei der Münchner Kriminalpolizei auf, als er eine polnische Universität auffliegen ließ, die nur auf dem Papier existierte. „Mit falschen Professoren- und Doktortiteln muss man immer wieder rechnen", sagt Löw und empfiehlt Personalentscheidern in der Wissenschaft: „Man sollte durchaus mal die eine oder andere Nachforschung betreiben, ob ein Bewerber da überhaupt einen Titel gemacht haben kann."

Aber auch in Bewerbungsgesprächen lassen sich Widersprüche aufdecken. Löw setzt dabei auf die sogenannte forensische Befragungstaktik, bei der unter anderem die Körpersprache eine entscheidende Rolle spielt. „Ich achte auf die drei Urinstinkte: Erstarren, Flucht und Kampf", sagt Löw. Ein Beispiel: Fühlt sich ein Bewerber bei bestimmten Fragen im Gespräch unwohl, möchte er instinktiv den Raum verlassen. „Dann kann es sein, dass er den Fuß oder den Kopf Richtung Ausgang dreht." Oder er erstarrt: Meist wirkt der Bewerber bei einer kritischen Frage wie eingefroren, obwohl er normalerweise eine lebhafte Körpersprache hat. Damit das funktioniert, sei es notwendig, zu Beginn des Gesprächs eine vertrauensvolle Atmosphäre zu schaffen. Nur so könne man die Körpersprache des Bewerbers in einer stressfreien Phase kennenlernen, um dann das gegenteilige Verhalten erkennen zu können. hbj

Kontakt

Marco Löw
Geschäftsführer
Löw&Partner
Telefon: 08124/4469710
Mail: info@loew-partner.de
Internet: www.loew-partner.de

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: Folketinget

Morten Östergaard ist Dänemarks neuer Wissenschaftsminister.

Politikwechsel

Neuling macht sich für Universitäten stark

Kopenhagen Morten Östergaard führt in der neuen dänischen Regierung unter der Sozialdemokratin Helle Thorning-Schmidt seit Anfang Oktober das Wissenschaftsministerium. Der 35-jährige Linksliberale von der Radikale Venstre will den Universitäten größeren Spielraum geben. Er setzt auf eine größere Mobilität zwischen den Fächern, vermehrte Auslandsstudien und eine Partnerschaft mit der Wirtschaft für den Transfer von Forschungsergebnissen. Die neue Regierung hat sich verpflichtet, 10000 neue Studienplätze bis 2020 zu schaffen. Bildung und Forschung sollen nach Jahren der Kürzungen wieder mehr Geld erhalten. Allerdings werde das noch nicht sofort der Fall sein, kündigte der in Aarhus ausgebildete Staatswissenschaftler an. ce

➜ **Internet:** http://fivu.dk/

Mobilitätsstudie

Europa liegt vorn beim Auslandsstudium

Brüssel Europa wird für ein Auslandsstudium immer beliebter. An den Hochschulen des Kontinents sind 1,5 Millionen ausländische Studierende eingeschrieben. In den vergangenen neun Jahren ist das ein Wachstum von über 80 Prozent. Mehr als die Hälfte aller ausländischen Studierenden weltweit hat sich für eine europäische Hochschule entschieden. Das sind Ergebnisse der Mobilitätsstudie „Mapping mobility in European Higher Education". Sie wurde im Auftrag der EU-Kommission erstellt und Ende Oktober veröffentlicht. rk

➜ **Internet:** http://ec.europa.eu/education/news/news3101_en.htm

Kultusministerkonferenz

Abitur wichtiger als Lehre

Berlin Der Streit um den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) geht weiter. Anders als von Bund, Wirtschaft und Gewerkschaften gefordert, will die Kultusministerkonferenz das Abitur höher bewertet wissen als eine zwei- oder dreijährige Lehre. Konsens besteht dagegen bei der Einstufung des Bachelor und des Meisterbriefs auf Rang sechs der achtstufigen Skala. Master und Diplom stehen auf Rang sieben, die Promotion auf der achten Stufe. Der DQR soll ab 2012 gültig sein und sich in den europäischen Qualifikationsrahmen einfügen, der Bildungsbiographien transparent machen will. Das Problem: Die Einstufung erfolgt in den EU-Mitgliedsstaaten unterschiedlich. py

Reform

Polen rüstet Hochschulen für globalen Wettbewerb

Warschau Barbara Kudrycka bleibt auch in der zweiten Amtszeit der Regierung Tusk die für Hochschulen zuständige Ministerin. Wenige Tage vor der Wahl ist Anfang Oktober Kudryckas Hochschulreform in Kraft getreten. Damit soll Polens Hochschullandschaft für den internationalen Wettbewerb fit gemacht werden. So dürfen Hochschulen künftig in Kooperation mit der Wirtschaft neue Studienrichtungen etablieren. Zudem wird die Mittelvergabe in Zukunft auch von Qualitätsprüfungen abhängig gemacht und eine neue Art von Elite-Instituten geschaffen. Für den meisten Unmut sorgt die Einführung von Studiengebühren für ein Zweitstudium (duzEUROPA 05/2011, S. 30f.). ce

➜ **Internet:** www.nauka.gov.pl

Finanzspekulation

Norwegen schafft seinen Forschungsfonds ab

Oslo Norwegen führt den erst 1999 etablierten nationalen Forschungsfonds nicht mehr weiter. Der Fond war unter anderem durch Zinsen aus dem Ölgeschäft finanziert worden. Aufgrund teils drastischer Verluste des Fonds in der Finanzkrise wurde Anfang Oktober nun vom regierenden Linksbündnis unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg entschieden, ihn abzuschaffen. Aus dem Fonds kommen bislang 16 Prozent der Forschungsförderung. Zur Kompensation soll das Forschungsbudget für 2012 um zwölf Millionen Euro erhöht werden. Der Beschluss wird vom Forschungsrat scharf kritisiert: Jetzt müsse die Forschung mit anderen staatlichen Bereichen konkurrieren. Das schränke die Freiheit des Fördermittel vergebenden Forschungsrats stark ein, kritisierte Vertreterin Ellen Veie. ce

➜ **Internet:** www.regjeringen.no

Expansion

China macht Druck auf verschuldete Hochschulen

Peking Verschuldete chinesische Hochschulen sehen aufgrund der Anti-Inflationspolitik der Regierung schwierigeren Zeiten entgegen. Anfang Oktober zog die Zentralregierung Konsequenzen aus dem Schuldenstand der Hochschulen, wie staatliche Informationsorgane veröffentlichten. Lokalregierungen wurden aufgefordert, dafür zu sorgen, die Hochschulexpansion zu drosseln. Von den Universitäten wird verlangt, keine neuen Schulden aufzunehmen und aufgenommene Darlehen zurückzuzahlen. Aktuell sind 6,6 Millionen Studierende an Chinas Hochschulen eingeschrieben, während es vor zehn Jahren nur 1,15 Millionen waren. Um mit der rasanten Entwicklung Schritt halten zu können, hatten die Hochschulen teilweise hohe Kredite aufgenommen. ce

➜ **Internet:** http://www.most.gov.cn

Protest

Griechenlands Forscher suchen Verbündete

Athen Griechische Wissenschaftler haben Ende Oktober die internationale Forschungsgemeinschaft in einem offenen Brief um Unterstützung gebeten. Vertreter des Nationalen Rats für Forschung und Technologie betonten darin, dass internationale

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

6500 Sprachen gibt es weltweit, die meisten davon sterben aus. Retten kann sie die Wissenschaft nicht, wohl aber sichern. In dem im Oktober offiziell in Berlin eröffneten Dokumentationszentrum finden sich bislang schon mehr als 200 Sprachen. Foto: fotolia

➜ **Internet:** www.mpi.nl/research/research-projects/the-language-archive

SPRECHEN

Organe davon überzeugt werden müssten, dass eine griechische Hochschulreform mehr Zeit brauche. Werde diese – wie jetzt von der griechischen Bildungsministerin Anna Diamantopoulou – in wenigen Wochen durchgesetzt, seien willkürliche Kürzungen und eine Schwächung der Infrastruktur unvermeidlich, betonte auch Prof. Dr. Michalis Haliassos, Makroökonom am House of Finance der Goethe-Universität Frankfurt. Die Gewerkschaft der Universitätsprofessoren verbindet ihren Widerstand gegen das im Juli verabschiedete Hochschulrahmengesetz mit den Sparpolitik-Protesten und zeigte starke Präsenz beim Generalstreik Mitte Oktober. ce

➜ **Internet:** www.gsrt.gr

Ranking

Briten werden am häufigsten zitiert

London Beim Thema Zitationshäufigkeit haben britische Forschende ihre US-amerikanischen Kollegen überholt. Das ergab der im Oktober vorgestellte Thomson Reuters' Global Research Report. Demnach werden vier Prozent der weltweiten Ausgaben für Forschung und Entwicklung von Großbritannien getätigt. Dieses Geld kommt sechs Prozent der weltweit tätigen Forschenden zugute. Aus deren Feder stammen zudem 20 Prozent der weltweit meist zitierten Forschungsarbeiten. Damit habe ihre Leistung nun die von Forschern aus den USA übertroffen. ce

➜ **Internet:** http://researchanalytics.thomsonreuters.com

Urteil

Kritik am Patentierverbot von Stammzellen

Luxemburg Die Grundsatzentscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Patentierbarkeit von Erfindungen auf Grundlage embryonaler Stammzelllinien ist von Wissenschaftlern kritisch aufgenommen worden. Der EuGH hatte zur geltenden Bio-Patentrichtlinie Mitte Oktober entschieden, dass die Verwendung dieser Zellen zu industriellen und kommerziellen Zwecken sittenwidrig ist. Der Bonner Neurobiologe Prof. Dr. Oliver Brüstle, dessen deutscher Patentstreit mit Greenpeace den Hintergrund für die Entscheidung bildet, zeigte sich enttäuscht: Nun werde man in diesem Gebiet auf Grundlagenforschung beschränkt. Unverständnis zeigten insbesondere Forscher, die in Staaten mit bislang liberalen Regelungen arbeiten wie in Großbritannien. Sie stellten die Embryo-Definition des EuGH in Frage (s. S. 15). ce

➜ **Internet:** http://curia.europa.eu/

EU-Forschungsraum

Moldawien wird Mitglied

Chisinau Moldawien ist seit Anfang Oktober wie die Schweiz, Kroatien oder Israel assoziiertes Mitglied des Siebten Forschungsrahmenprogramms (RP 7) der Europäischen Union. Somit können moldawische Forscher und Institute europäische Kooperationen ausbauen. Bei Fördergeldanträgen sind sie gleichberechtigt mit anderen europäischen Partnern. Gleichzeitig tragen sie auf Basis ihres Bruttoinlandsproduktes einen Beitrag zum RP 7-Budget bei. Das 4,3 Millionen Menschen zählende Land gilt als das ärmste Europas, besitzt jedoch mit einem Durchschnittsalter von 35 Jahren eine sehr junge Bevölkerung. ce

➜ **Internet:** www.asm.md

Bürokratie

Antragschreiben frisst Zeit

Kopenhagen Nach einer im Oktober präsentierten Umfrage benötigen dänische Forschende fast ein Viertel ihrer Arbeitszeit zum Schreiben von Forschungsmittelanträgen. 60 Prozent der Befragten gaben an, die dafür nötige Bürokratie nehme 24 Prozent ihrer Zeit in Anspruch. Ein Grund für das vermehrte Antragschreiben seien die gesunkenen Erfolgschancen bei der Akquise von Drittmitteln. So bewillige der Forschungsrat nur noch für knapp zehn Prozent der eingehenden Anträge Mittel. Das private Umfrageinstitut Politiken Research befragte dafür knapp 2000 Universitätsmitarbeiter. ce

➜ **Internet:** www.pol.dk/debat

Bildungsausgaben des Bundes

Opposition kritisiert Finanzierungslücken

Berlin Kaum messbare Fortschritte sieht der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in der Bildungspolitik der Bundesregierung. Rund drei Jahre nach dem ersten Bildungsgipfel von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sei die damals angestrebte Bildungsrepublik lediglich eine Fata Morgana. Das ergebe eine Ende Oktober vorgestellte Studie, die der Essener Bildungsforscher Prof. Dr. Klaus Klemm im Auftrag des DGB erstellt hat.

Auch angesichts des aktuellen Studierenden-Ansturms auf die Hochschulen fordern Gewerkschaften und Opposition von der Bundesregierung mehr Engagement für die Bildung. Nach Angaben der Hochschulrektorenkonferenz gibt es in diesem Wintersemester erstmals mehr als 500 000 Studienanfänger. Gegenüber dem Wintersemester 2010/2011 ist das ein Anstieg um 15 Prozent. Die SPD setzt sich deshalb unter anderem für ein bis 2020 befristetes Sonderprogramm ein, das allen Bachelor-Absolventen einen Master-Platz sichert. Zudem soll ein Hochschulpakt Plus 50 000 zusätzliche Bachelor-Studienplätze schaffen.

Bundesbildungsministerin Dr. Annette Schavan sagte hingegen, der Hochschulpakt wirke. Er sei ein Vorzeigeprojekt von Bund und Ländern. Die Länder müssten nun dafür sorgen, dass das Geld aus dem Hochschulpakt auch bei den Studierenden ankomme. Für den Ausbau der Studienplätze stellt der Bund den Ländern in diesem Jahr rund 600 Millionen Euro zur Verfügung. 2012 kommen weitere 1,1 Milliarden Euro hinzu. Bis 2015 sollen zusätzliche 335 000 Studienplätze geschaffen werden. rk

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: ESRC

Paul Boyle ist Präsident der neuen europäischen Wissenschaftsorganisation Science Europe.

Regierungsbildung

Brodkorb wird Minister

Schwerin Der Erfinder der Satire-Modemarke „Storch Heinar“ Mathias Brodkorb (SPD) wird Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern. Der 34-Jährige will sich vor allem um die Ausbildung der Lehrer kümmern, sagte er Ende Oktober. Im Jahr 2002 zog er als einer der jüngsten Abgeordneten mit der Berufsbezeichnung „Philosoph“ ins Landesparlament ein und beeinflusste als hochschulpolitischer Sprecher der SPD die Neuordnung der Unis im Nordosten. hck

Vergabekriterien

Bei Horizon 2020 geht es nur um Exzellenz

Berlin Gelder aus dem zukünftigen 8. EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 sollen ausschließlich nach Exzellenzkriterien vergeben werden. Das sagte EU-Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn Ende Oktober in einem Gespräch mit der duz. Um Ungleichgewichte zwischen EU-Mitgliedsstaaten in der Forschungsinfrastruktur zu mildern, müssten Mittel des Europäischen Strukturfonds genutzt werden. So sollten aus dem Strukturfonds etwa Labore und Ausstattungen für Hochschulen in schwächeren osteuropäischen Mitgliedsstaaten finanziert werden. Ende November wird die EU-Kommission die geplante inhaltliche Ausrichtung des Horizon 2020-Programms veröffentlichen. cxm

Berichtigung

In die jüngste Ausgabe der duz EUROPA (Nr. 08/2011) hat sich ein Fehler eingeschlichen. Auf den Seiten 4f. findet sich eine Grafik zur Entwicklung des Frauenanteils bei Gutachtern in Europa. Diese Grafik wurde leider horizontal gespiegelt gedruckt, sodass der Trend entsprechend verzerrt dargestellt ist. Die duz bittet ihre Leser und nicht zuletzt das EU-Büro des Bundesforschungsministeriums um Entschuldigung.

Lobbying

Paul Boyle ist Präsident von Science Europe

Berlin Der Generalsekretär des britischen Economic and Social Research Concil, Paul Boyle, ist der erste Präsident der neuen europäischen Wissenschaftsorganisation Science Europe. Sie wurde Ende Oktober offiziell in Berlin gegründet und ging aus zwei Organisationen hervor: den European Heads of Research Organisations und der European Science Foundation (ESF). Die ESF stellt mit Pär Omling einen Vizepräsidenten. Anfang Januar wird er Präsident der Stiftung. „Science Europe wird eine starke Stimme für die Forschung in Europa sein”, sagte Boyle nach seiner Wahl. hck

➜ **Internet:** www.scienceeurope.org

Plagiate

Schummelnde Schweden

Stockholm Schummelnde Studierende sind für Schweden zunehmend ein Problem, denn die dortige Hochschulkultur setzt eher auf Vertrauen als auf Kontrollen. Nach einer Statistik von Ende September ist die Anzahl der Betrugsfälle seit 2009 um 48 Prozent gestiegen, meistens handele es sich um Plagiate. Den Ertappten droht ein Disziplinarverfahren oder Hochschulverweis. Doch die Praxis wird kontrovers diskutiert. Studierendenvertreter kritisieren, trotz schlechter Beweislage erfolge zuweilen ein Verweis. Nur wenn bewusste Täuschung nachgewiesen wird, dürfe eine Sanktion folgen. ce

➜ **Internet:** www.uppsalastudentkar.se/

Arbeitskampf

Ärztestreik an Uniklinika

Berlin Der Tarifstreit an Deutschlands Unikliniken spitzt sich zu. Nach Informationen des Marburger Bundes von Ende Oktober treten Ärzte an 23 Uniklinika vom 7. November an in einen unbefristeten Vollstreik. Die Mediziner-Gewerkschaft fordert fünf Prozent mehr Gehalt, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie mehr Geld für Nachtdienste. Betroffen sind rund 20 000 Ärzte. py

Führungsanspruch

Laurenz Wauquiez nennt Schrittmacher in Europa

Berlin Frankreichs Forschungsminister Laurent Wauquiez sieht in den deutsch-französischen Beziehungen den „Schlüssel für den Fortschritt in Europa“. „Deutschland und Frankreich sollten in der Forschungsförderung die Schrittmacher in Europa sein“, sagte Wauquiez im Gespräch mit der duz Mitte Oktober in Berlin. Beide Länder stemmen seinen Angaben zufolge 50 Prozent der gesamten Forschungsausgaben in Europa. Allein aus dem 7. EU-Forschungsrahmenprogramm seien mehr als 5 000 bilaterale Projekte entstanden.

Einer Brüsseler Förderpolitik in der Forschung nach dem Gießkannen-Prinzip erteilte der seit Juni amtierende Minister eine klare Absage: „Europäische Forschungsförderung ist Exzellenzpolitik.” Geld solle nur für die besten Projekte vergeben werden. hbj

Foto: wikimedia

Laurent Wauquiez ist Frankreichs Minister für Forschung und Hochschulen.

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

duz UNABHÄNGIGE DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG
EUROPA
Für Forscher und Wissenschaftsmanager

Impressum

67. Jahrgang
Gegründet 1945 als ‚Göttinger Universitätszeitung'.
Herausgeber:
Dr. Wolfgang Heuser, Tel.: 030 212987-29,
E-Mail: w.heuser@raabe.de
Redaktion:
Leitende Redakteurin: Christine Prußky (py),
Tel.: 030 212987-37, E-Mail: c.prussky@raabe.de
Hans-Christoph Keller (hck), Tel.: 030 212987-36,
E-Mail: hc.keller@raabe.de
Roland Koch (rk), Tel.: 030 212987-34,
E-Mail: r.koch@raabe.de
Christine Xuân Müller (cxm), Tel.: 030 212987-32,
E-Mail: c.mueller@raabe.de
Redaktionsassistenz: Anne-Katrin Jung (akj),
Tel.: 030 212987-39, E-Mail: a.jung@raabe.de
Adresse der Redaktion:
Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
Tel.: 030 212987-0, Fax: -30
E-Mail: duz-redaktion@raabe.de
Internet: www.duz.de
Gestaltungsidee und Grundlayout:
axeptDESIGN, Berlin
Satz und Grafik:
ESM Berlin
Druck: Kessler Druck + Medien, Bobingen
Ständige Autoren und Mitarbeiter:
Frank van Bebber (fvb), Benjamin Haerdle (hbj), Marion Koch (mko), Eva Keller (eke), Textagentur Café Europe (ce)
Titelfoto:
ETH-Studio Monte Rosa/Tonatiuh Ambrosetti
Verantwortlich gemäß Pressegesetz:
Christine Prußky, Berlin (für den redaktionellen Inhalt)
Anzeigenabteilung und Verlag:
RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation
Stefanie Kollenberg, Kaiser-Friedrich-Straße 90,
10585 Berlin
Tel.: 030 212987-31, Fax: -30, ISDN: -50
E-Mail: duz-anzeigen@raabe.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 49 vom 01.01.2011.
Kundenservice und Unternehmenssitz:
Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH
Ein Unternehmen der Klett-Gruppe
Rotebühlstraße 77, 70178 Stuttgart
Postfach 103922, 70034 Stuttgart
Tel.: 0711 62900-16, Fax: 0711 62900-10
Stuttgart HRB 726594
Geschäftsführerin: Anneliese Grünzinger
USt.-ID: DE 813031443
Bezugsbedingungen:
Ein duz-Abonnement beinhaltet 22 Ausgaben im Jahr (12 x duz MAGAZIN, 10 x duz EUROPA). Der Jahresbezugspreis beträgt 144 Euro, der Halbjahresbezugspreis 78 Euro (für Studierende, Promovenden und Referendare 41 Euro). Alle Preise verstehen sich inklusive 7 % Mehrwertsteuer und Versandkosten, Inland. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, ausschließlich die duz EUROPA zu abonnieren. Der Jahresbezugspreis beträgt 68 Euro (für Studierende, Promovenden und Referendare 35 Euro). Ermäßigte Abonnements können nur direkt beim Verlag bestellt werden. Die Abonnementrechnung wird gemäß dem Bezugsjahr (nicht Kalenderjahr) gestellt. Bei Lieferungsausfall durch Streik oder höhere Gewalt erfolgt keine Rückvergütung. Die Kündigung des Abonnements muss 6 Wochen vor Ende des Bezugsjahres/-halbjahres beim Verlag eingegangen sein.
ISSN-Nr. 1869 – 7402
© Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Beiträge, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Verlages dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte sowie Meinungsbeiträge von Autoren, die nicht der Redaktion angehören, kann keine Haftung übernommen werden. Der Verlag behält sich vor, Beiträge lediglich insoweit zu kürzen, als das Recht zur freien Meinungsäußerung nicht betroffen ist.
Haftungsausschluss für Anzeigeninhalte:
Für die Inhalte von Stellenangeboten und Werbeanzeigen sind die jeweiligen Inserenten verantwortlich.

Europäische Presseschau

zusammengestellt von der Textagentur Café Europe, St. Gallen

Universitäten mutieren zu Wurstfabriken

Kopenhagen Laut einer dänischen Studie ist die Qualität der Studenten im vergangenen Jahrzehnt gesunken. Dafür seien nicht nur die Studenten verantwortlich, heißt es in der Zeitung Politiken: „Die Universität ist dabei, zu einer Wurstfabrik zu werden. Aber der Schurke ist nicht eine angeblich oberflächliche Jugend, sondern die Strukturen sind schuld, die von den Politikern geschaffen worden sind. Und die kann man ändern. Dazu gehört das Bewilligungssystem, das Ausbildungen belohnt, in denen die Kunden schnell mit einem Examen wieder entlassen werden – eine marktgesteuerte Sinnlosigkeit, die das fachliche Niveau schwächt. *(...)* Dazu gehört auch, dass es mehr Unterrichtsstunden pro Semester braucht. Die deprimierende Wahrheit ist, dass die Studenten ihre Lehrer nur wenige Stunden pro Woche treffen."

(Politiken, 10. Oktober 2011)

➜ **Internet: www.politiken.dk**

Preis für moralische Einwände ist hoch

London Der britische Independent verurteilt die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes scharf, die Patentierung von embryonalen Stammzellen und damit verbundene Therapieansätze zu verbieten: „Es ist schwer, das Potenzial für eine Medizinrevolution durch Stammzellenforschung überzubewerten. *(...)* Doch auf Europa kommt zu, was ein Experte als dunkles Zeitalter für Stammzellenforschung bezeichnete. *(...)* Die Wurzel der Kritik ist, dass weder Wissenschaftler noch ihre Angestellten Leben patentieren sollen. *(...)*. Doch diese Analyse ist simplifizierend und der Preis für die moralischen Einwände zu hoch. *(...)* Es bleibt zu hoffen, dass geschickte Anwälte die Regel noch abändern, oder dass die dringend notwendigen Patente in anderen Gerichtsbarkeiten in den USA oder Asien erlangt werden."

(The Independent, 19. Oktober 2011)

➜ **Internet: www.independent.co.uk**

Private Hochschulen brauchen Subventionen

Warschau In Polen ist das private Hochschulwesen in Gefahr, schreibt das Hochschulmagazin Perspektywy: „32 Prozent aller Studierenden sind an privaten Institutionen eingeschrieben. Das ist Resultat der politischen Veränderungen von 1989 sowie des Babybooms. *(...)* Studien haben ergeben, dass vorwiegend ärmere Menschen berufsbegleitend private Bildungsangebote in Anspruch nehmen. *(...)* Dieser Beitrag zur Bildungsdemokratisierung sollte nicht übersehen werden. *(...)* Nun sind die Expansionszeiten aufgrund des demographischen Rückgangs vorüber und einige Institutionen werden bereits liquidiert. *(...)* Privaten könnte helfen, erhielten sie Subventionen, um Vollzeitstudierende zu unterstützen. *(...)* Das gebietet die polnische Verfassung. *(...)* Doch das Ministerium hat in den letzten sechs Jahren nichts unternommen."

(Perspektywy, Oktober 2011)

➜ **Internet: www.perspektywypress.pl/**

Geldgeber verlangen im Gegenzug Open-Access

Amsterdam Traditionelle Fachzeitschriften verlangen hohe Gebühren von ihren Lesern. Das bekämen besonders Wissenschaftsjournalisten und Wissenschaftler in ärmeren Ländern zu spüren, heißt es in der Zeitung Volkskrant: „Es gibt eine steigende Anzahl von sogenannten ‚Open Access'-Zeitschriften. Jemand muss aber für die Veröffentlichung bezahlen. Die Herausgeber schieben diese Kosten zunehmend auf die Autoren ab. *(...)* Einer der größten Geldgeber in den Niederlanden, die Nederlandse Wetenschappelijke Organisatie (NWO), hat nun ihre Regeln angepasst. Wer von ihr Geld für Forschungen erhält, muss die Ergebnisse unter dem Open-Access-Stempel veröffentlichen. *(...)* Das ist eine willkommene Unterstützung für einen besseren Zugang zur Wissenschaft, der allen nutzt. Freie Bahn für den freien Zugang!"

(De Volkskrant, 21. Oktober 2011)

➜ **Internet: www.volksrant.nl**

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Aus Gründen der besseren Handhabbarkeit
finden Sie den Stellenmarkt in einer gesonderten Datei.

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: colourbox

Aufwärts geht es in der Schweiz vielerorts. Ein neues Gesetz soll die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen steigern.

Von Sara Winter Sayilir

Föderalismusreform in der Schweiz

Gesetz verpflichtet Kantone und Bund zu stärkerer Kooperation in der Bildung

Bern In der Schweiz verschieben sich die hochschulpolitischen Gewichte. In der föderalen Republik werden Bund und Kantone enger zusammenarbeiten. Das sieht die Hochschulgesetzesnovelle vor, die vor wenigen Wochen vom Parlament verabschiedet worden ist. Der Beschluss setzt einen Schlusspunkt hinter eine Förderalismus-Debatte, die über Jahre hinweg mindestens so erbittert geführt wurde wie in Deutschland. Dabei wird mit dem Gesetz lediglich ein Verfassungsartikel aus dem Jahr 2006 umgesetzt, der eine stärkere Kooperation von Bund und Kantonen in Bildungsfragen verlangt.

Bislang war das Hochschulwesen in der Alpenrepublik, in der sich Ende Oktober erneut die rechtspopulistische Schweizerische Volkspartei als stärkste Kraft in den Parlamentswahlen behaupten konnte, Sache der Kantone. Der Bund war zwar befugt, eigene Hochschulen, etwa die Eidgenössischen Technischen Hochschulen in Zürich und Lausanne, zu unterhalten. Ansonsten beschränkte er sich jedoch auf die rein finanzielle Unterstützung der Hochschulen der Kantone. Darin erkannte die Schweiz einen Wettbewerbsnachteil. Das Gesetz über die „Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich" (HFKG) soll nun die Qualität der Schweizer Hochschulen steigern.

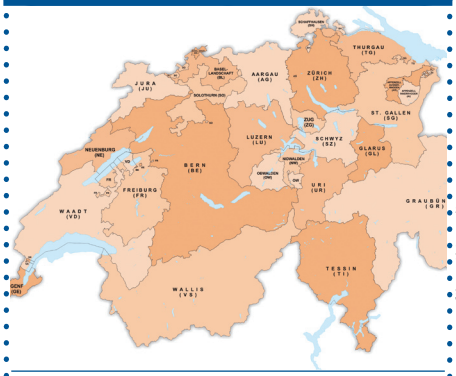
Die Studienstufen und deren Übergänge werden in der Schweiz nunmehr ebenso vereinheitlicht wie die akademische Weiterbildung, die Anerkennung von Institutionen und Abschlüssen sowie die Finanzierungsgrundsätze. „Vor allem in besonders kostenintensiven Bereichen wie der Kernphysik oder der Medizin wird die Koordination auf nationaler Ebene spürbar zunehmen", sagt der Vorsitzende der Rektorenkonferenz (crus) und Rektor der Universität Basel, Prof. Dr. Antonio Loprieno. Bis das neue Gesetz in Kraft tritt, kann es allerdings noch ein bis zwei Jahre dauern. Die Kantone müssen ihre Rechtsgrundlagen zuerst anpassen.

Mit der Novelle sind Bund und Kantone gemeinsam für die Koordination und Gewährleistung der Qualitätssicherung im schweizerischen Hochschulsystem verantwortlich. „Bisher war der Bund bei der Universitätskonferenz, dem obersten hochschulpolitischen Organ der Schweiz, lediglich in subsidiärer Funktion durch den Staatssekretär für Bildung und Forschung vertreten", sagt Loprieno, „nun wird diese Konferenz durch den zuständigen Bundesrat für Wirtschaft und Bildung koordiniert werden – und dieser besitzt im Gegensatz zu vorher ein Vetorecht." Im Jahr 2013 wird das Bildungsressort aus dem Innenministerium herausgelöst und dem Wirtschaftsministerium angegliedert.

Während sich an der Autonomie der Universitäten kaum etwas ändert, bedeutet das neue Gesetz für die Fachhochschulen (FH) sowie die Pädagogischen Hochschulen (PH) einen Gewinn. Sie werden zum einen in ihrer Autonomie den Universitäten gleichgestellt. Zum anderen werden sie Teil der neuen zusammengefassten Rektorenkonferenz. „Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe, denn prinzipiell sollen alle drei bisherigen Konferenzen typenspezifische Entscheidungen selbst treffen", sagt der Jurist Prof. Dr. Paul Richli. Der Rektor der Universität Luzern war als Experte für die Ausarbeitung der Novelle zuständig, die bei den Hochschulen nicht einhellig begrüßt wird. Richli zufolge wird das Gesetz vor allem von den Universitäten skeptisch gesehen.

Mit der Reform schlägt die Schweiz einen Kurs ein, dem Deutschland mit seiner Förderalismusreform vor gut fünf Jahren eine Absage erteilte. Die Verlagerung der Kompetenzen vom Bund zu den Ländern im Nachbarland habe man in der Schweiz mit einer gewissen Überraschung zur Kenntnis genommen, sagt Richli. Doch dürfe man die

Die Schweiz im Überblick



Foto/Grafik: wikimedia

Die Hochschulen
Das Hochschulsystem der Schweiz umfasst derzeit zehn kantonale Universitäten, die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen sowie andere universitäre Institutionen. Im schweizerischen Hochschulsystem sind zudem die acht vom Bund anerkannten Fachhochschulen erfasst, zu denen auch die Pädagogischen Hochschulen zählen.

Die Studierenden
2010 studierten 206 000 Personen an einer schweizerischen Hochschule. An ihnen waren rund 37 000 ausländische Studierende eingeschrieben. Von den ausländischen Studierenden in der Schweiz sind etwa 10 000 Deutsche.

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Foto: SNF

Dieter Imboden ist der Präsident des Forschungsrates des Schweizer Nationalfonds.

Experteninterview

„Es kann noch in beide Richtungen kippen“

Der schweizerische Nationalfonds (SNF) ist die wichtigste Institution des Landes zur Forschungsförderung. Professor Dr. Dieter Imboden, Präsident des SNF-Forschungsrats, über die Folgen der Novelle.

duz *Herr Imboden, worauf haben Sie bei der Gesetzesreform besonders geachtet?*

Imboden Beim HFKG ging es für den Nationalfonds darum, dass die Bedingungen für die Forschung und die Autonomie der Universitäten günstig sind, und dann – in kleinerem Maße – inwieweit der Nationalfonds in die verschiedenen Gremien eingebunden ist. Das Gesetz ist ein guter Rahmen. Zum Glück hat man die Hochschulautonomie in der Formulierung noch ein bisschen gestärkt.

duz *Dann kann die Wissenschaft jetzt in Ruhe arbeiten?*

Imboden Man muss sich im Klaren sein: In der Schweiz sind die Verordnungen entscheidend, die auf den Gesetzen beruhen. Nachdem ein Gesetz erlassen wurde, werden auf der Bundesratsebene Verordnungen verfasst, welche die Bestimmungen des Gesetzes präzisieren. Das bedeutet, es kann noch in beide Richtungen kippen, ins Gute und ins Schlechte.

duz *Glauben Sie, dass die Novelle den Wissenschaftsstandort Schweiz tatsächlich voranbringen kann?*

Imboden Überspitzt könnte man sagen: Für den Forschungsstandort ist das Gesetz nicht entscheidend, weder im Guten noch im Schlechten. Für den Nationalfonds ist ein anderes Gesetz von größerer Bedeutung, das sich auch in einer Totalrevision befindet: Das Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz (FIFG). Das ist für die Forscher das entscheidende. Die Frage ist natürlich auch, ob FIFG und HFKG vernünftig aufeinander abgestimmt werden. Die Revision des FIFG steht als nächstes an, doch sie wird wohl noch eine Weile dauern. Das HFKG wurde vorgezogen.

Die Fragen stellte Sara Winter Sayilir.

Schweizer Novelle nicht als Einflussnahme der Bundesregierung missverstehen: Die Hochschulen besäßen einen hohen Grad an Autonomie. Die zuständigen Behörden würden sich auch künftig nicht stärker als bisher in die Politik der Hochschulen einmischen.

Für crus-Präsident Loprieno ist dies ein zentraler Unterschied zwischen den Bildungssystemen der drei deutschsprachigen Länder. In Deutschland und Österreich sei die Erwartung an den Staat, er möge sich in der Bildungspolitik engagieren, wesentlich höher als in der Schweiz. Dort seien die Universitäten autonom, auch wenn sie den Großteil ihrer Gelder von Bund und Kantonen bezögen.

Das HFKG regelt auch die Verteilung der Gelder neu. Die Finanzierung der Hochschulen soll in Zukunft stärker von ihrer Leistung abhängig sein. Ob und wie sich diese verbindlich messen lässt, bleibt bislang allerdings offen. Mit dem neuen Gesetz ändere sich in erster Linie der Verteilungsschlüssel, sagt Loprieno und verweist darauf, dass kaum radikale Änderungen zu erwarten seien.

Auch bei den Studiengebühren würde sich wenig ändern. „Die Höhe der Studiengebühren wird von allen Universitäten respektive von den zuständigen Regierungen in einem Reglement für ihre Universität autonom festgelegt“, sagt Richli. Da die Mobilität der Studierenden aber ausgeprägt sei und auch speziell gefördert werde, gebe es ein ziemlich einheitliches Gebührenniveau, das zwischen 500 und 600 Euro pro Semester liege. Als überdurchschnittlich hoch bezeichnet Richli den Anteil des ausländischen wissenschaftlichen Personals in der Schweiz. Für ausländische Wissenschaftler und deren Möglichkeit, in der Schweiz zu arbeiten, ändere sich durch das neue Hochschulgesetz nichts. „Schließlich ist die Schweiz schon aus demographischen Gründen auf den Zuzug hochqualifizierter Fachkräfte angewiesen“, sagt Loprieno.

Sara Winter Sayilir ist Journalistin in der Schweiz.

Der Staatssekretär

Foto: SBF

Die Behörde heute
Das Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) im eidgenössischen Departement des Innern ist die Fachbehörde des Bundes für Fragen der Bildung, Forschung und Raumfahrt. Es steht seit Januar 2008 unter der Leitung von Staatssekretär Mauro Dell'Ambrogio.

Die Behörde morgen
Das SBF verfügt über ein Jahresbudget von rund 2,3 Milliarden Schweizer Franken (1,86 Milliarden Euro). Ab 2013 wird der Bereich Bildung dem Wirtschaftsministerium angegliedert. Sollte Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann bis dahin im Amt bleiben, wäre er damit auch neuer Bildungsminister.

duz
UNABHÄNGIGE DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG
Am 18. November kommt das neue:
MAGAZIN
Für Forscher und Wissenschaftsmanager
Themen unter anderem:
- Auf die Schnelle: Was der Wissenschaftsrat bei der Untersuchung der Studienfachdauer herausgefunden hat
- Angriff auf die Oberklasse: Die ersten Fachhochschulen machen den Universitäten in der Forschung Konkurrenz

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.

Wer sich hier nicht einschreibt, hat selbst Schuld.

Die FTD-Konferenz „Hochschulmanagement 2011“.
Wie Wissenschaft und Wirtschaft erfolgreich miteinander kooperieren können.
Am 7. Dezember 2011 in der Bertelsmann-Repräsentanz, Berlin.
www.ftd.de/hochschulmanagement

Themenschwerpunkte:

Shared Professorship und Industrial PhD – wie Hochschulen und Unternehmen vom Personalaustausch profitieren können

Stipendien – wie Hochschulen privates Geld einwerben und Unternehmen Nachwuchs rekrutieren

Technologietransfer – wie Hochschulen zu Dienstleistern für die Industrie werden

7. Dezember 2011, Bertelsmann-Repräsentanz, Berlin

Informationen und Anmeldung unter www.ftd.de/hochschulmanagement oder telefonisch: 040/67 94 46-6117.

Mit Preisverleihung „Hochschulmanager des Jahres“

Referenten u. a.:

- **Katja Bär,** Fundraising-Beauftragte, Universität Mannheim
- **Prof. Dr. Wolfgang Herrmann,** Präsident, Technische Universität (TU) München
- **Prof. Dr. Werner Müller-Esterl,** Präsident, Goethe-Universität Frankfurt

Thomas Alslev Christensen, Danish Agency for Science, Technology and Innovation

Dr. Thomas Geelhaar, Merck

Cornelia Quennet-Thielen, Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Veranstalter

FAKTOR 3

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

Wissen, was wichtig wird. Immer und überall.

Das Recht zur Nutzung dieses PDF liegt bei: . Jegliche weitere Nutzung ist widerrechtlich.